Augsburg, Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Hof Plauen, Köln-Bonn, Leipzig-Halle, Mannheim, München, Münster-Osnabrück, Nürnberg, Stuttgart, Sylt.

Lufthansa

Argentinisches Tageblatt

In Deutschland sind wir zu Hause

Lufthansa

Sonnabend, 24. Dezember 2005 116. Jahrgang Nr. 31.542

Gesetzesmarathon im Kongress

Rückzahlung an IWF ratifiziert / Haushalt 2006 beschlossen

Buenos Aires (AT/AG) - Wie jedes Jahr beeilte sich der Senat in dieser Woche, noch vor der großen Sommerpause eine Reihe von Gesetzen über den Tisch zu bringen. Zu den wichtigsten Fragen gehörten die Ratifizierung der Zurückzahlung der Gesamtschuld Argentiniens an den Internationalen Währungsfonds (IWF), die in der vergangenen Woche von Präsident Néstor Kirchner angekündigt worden war, die Verlängerung des Gesetzes über den wirtschaftlichen, Gesundheits- und Beschäftigungsnotstand, das Haushaltsgesetz für das Jahr 2006 und die Verlängerung eines Steuerpakets, das Ende des Jahres ablaufen würde und das der Staatskasse Einnahmen von rund 44 Milliarden Pesos sichert.

In der Mittwochssitzung, die sich bis spät in die Nacht fortsetzte, gaben trotz starker Kritik der Opposition schließlich sowohl der Senat als auch die Abgeordnetenkammer ihre Zustimmung zur Zurückzahlung der Schuld an den IWF. Beide Kammern ratifizierten das Dekret über Notstand und Dringlichkeit (necesidad y urgencia) und stimmten damit der Änderung des Konvertibilitätsgesetzes zu, welches das Zurückgreifen auf alle Devisenreserven erlaubt, außer die, die die monetäre Basis decken. Damit steht der Rückzahlung von 9,8 Milliarden US-Dollar, die für den 2. Januar geplant ist, nichts mehr im Wege.

Kongress - letzte Anstrengung vor der Sommerpause.
(Foto: stk)

Ebenfalls umstritten war die Verlängerung des Gesetzes über den wirtschaftlichen, Gesundheits- und Beschäftigungsnotstand (emergencia), das seit 2002 gilt und der Regierung besondere Vollmachten verleiht. Die Opposition im Senat kritisierte, das Aufbringen von knapp 10 Milliarden US-Dollar für den IWF würde dafür sprechen, dass kein Notstand mehr existiert. Die Abgeordnetenkammer schaffte die Verlängerung erst im zweiten Anlauf, da die Opposition nach der Aufforderung der regierenden Justizialistischen Partei (PJ), über das Gesetz ohne Debatte abzustimmen, den Saal verlassen hatte.

Weniger umstritten waren hingegen das Haushaltsgesetz für 2006 und die Verlängerung von einer Reihe von Steuern. Das von Ex-Wirtschaftsminister Roberto Lavagna ausgearbeitete Haushaltsgesetz sieht für das kommende Jahr Ausgaben in Höhe von knapp 94 Milliarden und Einnahmen von rund 101 Milliarden Pesos vor. Die Inflation wird mit 11 Prozent und das Wirtschaftswachstum mit 4 Prozent angesetzt. Weiterhin wurden bis zum Jahr 2009 die Einkommens-, Eigentums-, Export-, Scheck- und angehobene Mehrwertsteuer für Zigaretten unter anderem verlängert.

Darüber hinaus beschloss der Kongress, in den kommenden Jahren die Mittel für die Bildung bedeutend anzuheben. Die Investitionen in das Bildungswesen sollen im Jahr 2006 von 4 Prozent auf 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen und im Jahr 2010 6 Prozent ausmachen. 80 Prozent der Mittel werden im nächsten Jahr für die Anhebung der Lehrergehälter verwendet.

Gerangel in der Provinz

Erste Ansprüche auf Solá-Nachfolge im Gouverneursamt

Buenos Aires (AT/RTA) - Zwei exekutive Ämter genießen in Argentinien größte politische Bedeutung. Einmal das Präsidentenamt der Nation und danach das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires. Für beide stehen im Oktober 2007 Neuwahlen an. Präsident Néstor Kirchner darf eine zweite Amtsperiode von vier Jahren ausüben, sofern er sich hierfür als Kandidat stellt. Gouverneur Felipe Solá darf hingegen keine Wiederwahl antreten. Er hat zuerst als Vizegouverneur von Carlos Ruckkauf von 1999 bis 2001 gedient und danach den Gouverneur abgelöst, der das Außenministerium unter Präsident Eduardo Duhalde übernahm. Mit seiner Wiederwahl im Jahr 2003 trat Solá somit sein zweites vierjähriges Mandat an, nach dem die Provinzverfassung eine Wiederwahl verbietet.

In Hinblick auf dieses zweitwichtigste Amt im Land regen sich bereits die politischen Gemüter, und manch einer stellt mehr oder weniger offen Ansprüche auf die Nachfolge des Gouverneurs Solá. Dieser hat unlängst, wie verlautete, mit Präsident Kirchner abgemacht, dass erst ab etwa August 2006 über die Kandidaturen für das Präsidenten- und das Gouverneursamt gesprochen werden soll.

Politiker lassen sich jedoch nicht davon abbringen, über Kandidaturen zu verhandeln. Darüber sind bereits einige Namen in der Tagespresse erwähnt worden, worauf Gouverneur Solá warnte, man solle vorsichtig sein und nicht vorzeitig mit Kandidaturen handeln, denn dieses Vorgehen könnte Rückschläge nach sich ziehen. Solá fürchtet offenbar als amtierender Gouverneur, dass ein Gerangel über Kandidaturen seine Regierungstätigkeit beeinträchtigen könne. Offenbar will er vermeiden, als lahme Ente (Englisch “lame duck”) seines Amtes walten zu müssen, während Politiker seiner Partei und der Opposition um Stimmen für seine Nachfolge buhlen.

Innenminister Aníbal Fernández, vormals Bürgermeister von Quilmes (1990-1994) hat längst seinen Anspruch auf die Kandidatur für das Gouverneursamt der

Provinz Buenos Aires angemeldet. Seine Laufbahn als Parteipolitiker der Justizialisten, Präsidialsekretär mit Interimspräsident Eduardo Duhalde und seit dem 25. Mai 2003 als Innenminister Präsident Kirchners qualifiziert ihn sicherlich für das Amt.

Eine andere Prominente, die bereits in der Tagespresse genannt wurde, ist die frisch gewählte Senatorin der Provinz Buenos Aires und Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner. Sie hat sich bisher nur in legislativen Aufgaben ihrer damaligen Wohnprovinz Santa Cruz und nachher in der nationalen Deputiertenkammer und im nationalen Senat in Vertretung letzterer Provinz betätigt, die sie bei den jüngsten Parlamentswahlen mit ihrer mächtigen Geburtsprovinz Buenos Aires ausgetauscht hat. Inofiziell wirkt sie auch als engste Mitarbeiterin ihres Gatten bei politischen und Personalentscheidungen mit. Ob ihr das Amt des Gouverneurs, das mit echt exekutiven Aufgaben verbunden ist, persönlich und politisch passt, ist bisher unbekannt.

Cristina Fernández würde freilich im parteipolitischen Feld ihres Gatten Kirchner alle anderen Kandidaten ausstechen, über die ebenfalls verhandelt wird. Im Gespräch ist Alberto Balestrini, bis vor kurzem Bürgermeister von La Matanza, mit angeblichen 2 Millionen Einwohnern die größte Stadtgemeinde im Land. Präsident Kirchner hat Balestrini als Präsident der nationalen Deputiertenkammer auserkoren, für die er ein Deputiertenwahlamt am 23. Oktober gewonnen hatte.

Ein anderer möglicher Kandidat, der ebenso verfrüht im Gespräch ist, mag der Regierungsminister der Provinz, Florencio Randazzo, sein, dem gute politische Beziehungen zu Präsident Kirchner und Einfluss bei vielen Bürgermeistern der Provinz nachgesagt werden. Auch Sicherheitsminister León Arslanián ist im politischen Gespräch, der gegenwärtig die schwierigste Aufgabe der Provinzregierung meistern muss, nämlich die Verbrecher zu bekämpfen, die täglich Unheil anrichten und die Bevölkerung verunsichern.

Schwungvoller Titelhandel

Skandal um Hochschul-Diplome der Universität Formosa

Buenos Aires (AT/RTA) - Es ging dabei um die Ausstellung von Ausbildungstiteln der Universität von Formosa an Studenten in Spanien. Ein Abkommen der Universität mit einem Lehrinstitut namens World College in Ushuaia, Tierra del Fuego, führte über Verträge mit zwei spanischen Lehranstalten namens Cibernos und Esiria zu Schnellkursen in Spanien, die in wenigen Monaten zu Abschlüssen führten. In einigen Fällen wurden Abitur-Zertifikate ausgestellt, in Uniabschlüsse in Informatik.

Die Vergabe von akademischen Titeln für Studenten im Ausland, die weder die Aulas der Universität von Formosa noch angebliche Lehrräume des World College betreten hatten, ging einher mit hohen Gebühren von 2000 bis 9000 Euro für die Titel. Angeblich haben siebzehn spanische Studenten solche Titel erhalten. Als Werkstudenten arbeiteten sie und hörten die Vorlesungen samstags in Spanien an. Die Dokumente über den erfolgreichen Abschluss waren von der Universität von Formosa ausgestellt worden.

Der Universitätsrat beschloss, als der Skandal bekannt wurde, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der seinen Bericht einstimmig abgab und zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe solcher Titel seitens der Universität von Formosa feststellte.

Die Kontrollstelle nationalstaatlicher Ämter, im spanischen Kürzel als SIGEN bekannt, hatte die Machenschaften der Universität von Formosa ebenfalls unter die Lupe genommen und dabei, ungeachtet des Skandals mit Titel für spanische Studenten, allerlei Unregelmässigkeiten festgestellt, die mit Zahlungen ohne Belege und anderen Widrigkeiten verbunden waren.

WOCHENÜBERSICHT

Brückenverkehr unterbrochen

Als Protest gegen die Niederlassung zweier Papierfabriken am Río Uruguay gegenüber der Provinz Entre Ríos, denen der Gouverneur Jorge Busti sowie Sprecher von Umweltorganisationen die Vergiftung und Verschmutzung der Flussgewässer unterstellen, wurden die Brücken über den Río Urugauy am vergangenen Sonntag zeitweise besetzt. Der Verkehr stockte vier Stunden lang. Etwa 5000 Personen begaben sich in 800 Fahrzeugen zur Brücke San Martín zwischen Gualeguaychú und Fray Bentos. Die Brücke zwischen Colón und Paysandú wurde ebenfalls vorübergehend lahm gelegt. Der Bürgermeister von Gualeguaychú, Daniel Irigoyen, forderte die Einstellung der Arbeiten, bis eine von der Weltbank in Auftrag gegebene Studie feststellt, ob die Fabriken der spanischen Firma Ence und der finnischen Botnia umweltverträglich sind. Die Bauarbeiten haben längst begonnen und werden fortgesetzt.

400.000 neue Arbeitsstellen

Arbeitsminister Carlos Tomada berichtete, dass rund 400.000 Bezieher der Sozialhilfe genannt “arbeitslose Haushaltsvorstände (“Jefas y Jefes de Hogar”)” auf die Subventionen verzichten, weil sie als ordentliche Arbeitnehmer eingestellt worden sind oder selbstständig arbeiten. Die Zahl bezieht sich auf die letzten zwei Jahre. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 9,7 Prozent zu, während die Arbeitslosigkeit um 5,2 Prozent abnahm.

Freie Parkplätze an Avenidas

Zum dritten Jahresende in Folge erlaubte die Stadtregierung von Buenos Aires freies Parken an beiden Strassenrändern der Avenidas vom 19. Dezember bis 6. Januar. Die Massnahme erfolgte auf Anregung eines Verbandes mittelständischer Unternehmen und bezweckt den vereinfachten Einkauf in Läden in Hinblick auf die Feiern zu Weihnacht, Neujahr und die Drei Könige. Gewisse Hauptavenidas wie die 9 de Julio, Diagonal Norte, Pueyrredón, Entre Ríos und Callao bleiben freilich für Parken untersagt, ebenso im Süden der Stadt Perito Moreno und Sáenz.

Autobahn bis Pinamar

Die beiden rund 30 Kilometer langen Strecken von Dolores an der Autobahn 2 bis Esquina de Crotto (Route 63) und von General Madariaga bis Pinamar (Route 74) werden derzeit mit einer zweiten Fahrbahn zu Autobahnen umgewandelt. Die Bauverträge an vier Baufirmen für je 15 Kilometer waren im März mit der Auflage vergeben worden, dass sie im Dezember 2005 vollendet sein müssten. Inzwischen haben sich Verzögerungen eingestellt. Bautenminister Eduardo Sicaro erklärte der Zeitung Infobae, dass beide Strecken im Februar 2006 vollendet sein werden. Auf der Route 63 verkehren täglich rund 20.000 Fahrzeuge und auf der Route 74 angenommene 10.000. Die zweite Fahrbahn verhütet Autounfälle. Mit den erweiterten Strecken sind Pinamar und Villa Gesell per Autobahn mit Buenos Aires verbunden, ausgenommen 65 Kilometer zwischen General Conesa und General Madariaga, die angeblich im kommenden Jahr ebenfalls erweitert werden sollen.

Piqueteros auf der Straße

Der Piquetero-Chef und gescheiterte Deputiertenkandidat Raúl Castells mobilisierte am vergangenen Montag abermals seine Gefolgschaft mit einem Aufmarsch unweit der Plaza Constitución und danach vor einem Supermarkt der Kette Coto. Castells forderte Nahrungsmittelgeschenke in Hinblick auf die Weihnachts- und Neujahrfeiern. Vor dem Regierungsgebäude und dem Arbeitsministerium wurden die Forderungen anschliessend wiederholt. Vor einer Filiale des Supermarkts Carrefour in der Nordzone übte sich eine neue Piquetero-Gruppe mit Kundgebungen, Spanisch genannt “escrache”. Am Dienstag marschierten andere Piqueteros zur Erinnerung an die Demission des damaligen Präsidenten Fernando de la Rúa im Dezember 2001 nach mehrtägigen Straßenschlachten und Plünderungen.

Recycling auf der Müllkippe

Auf der Mülldeponie CEAMSE im Norden von Buenos Aires wurde dieser Tage die erste Einrichtung eingeweiht, die den Müll aussondert. Der Betrieb gehört der Firma Proeconor. Sie wird anfangs 150 Mitarbeiter beschäftigen. Bis Mai soll diese Zahl auf 600 zunehmen. Laut einem Abkommen mit CEAMSE werden sogenannte Cartoneros beschäftigt werden, die bisher den Müll vor Ort in José León Suárez durchwühlten, um brauchbares Material zu ergattern und zu verkaufen. Die Mitarbeiter der Firma werden unter hygienischen Bedingungen, einer Entlohnung und einer Krankenkasse tätig sein. Die Einrichtung wird täglich rund 800 Tonnen Müll aus den Bezirken der Nordstrecke verarbeiten. Nur der organische Müll wird deponiert, 40 Prozent weniger als bisher.

Linksrutsch in Bolivien

Was politische Beobachter vorweggenommen hatten, ist in Bolivien eingetreten. Der seit Jahren besonders rührige Politiker Evo Morales hat im zweiten Anlauf nach seiner Niederlage vor drei Jahren gegen Gonzalo Sánchez de Losada die Wahlen für die Präsidentschaft im Nachbarland Bolivien klar mit rund 50 Prozent der Stimmen gewonnen. Eine mögliche Bestätigung durch den Kongress, falls die Endzahlen keine absolute Mehrheit von 50 Prozent plus einer Stimme ergeben, dürfte reine Formsache sein. Sprecher der Streitkräfte, die nach wie vor eine stille Rolle als Macht hinter dem Thron ausüben, hatten kurz vor den Wahlen davor gewarnt, einen anderen Kandidaten als den Sieger auch ohne absolute Mehrheit als Präsidenten zu küren. Gratulanten aus Süd- und Nordamerika bestätigten am Tag nach der Wahl den Sieg, ohne auf die endgültigen Auszählungen der Stimmabgaben zu warten. Zum ersten Mal in der Geschichte siegte ein Kandidat mit einem derart hohen Stimmenanteil.

Evo Morales tritt als Vertreter der eingeborenen Aymara das höchste Amt im Staat an und folgt in Südamerika auf Alejandro Toledo in Peru, der die gleiche ethnische Herkunft aufweist, aber sich in den Vereinigten Staaten ausgebildet hat. Das kennzeichnet indessen nicht die Laufbahn von Morales, der auf dem Land im Osten Boliviens aufwuchs und später eine erfolgreiche Laufbahn als Gewerkschafter in La Paz, der Hauptstadt im Hochland, absolvierte. Mit seiner Partei, genannt Bewegung zum Sozialismus („Movimiento al Socialismo“ MAS), kennzeichnet Morales seinen Linksdrall. Die traditionellen Parteien Boliviens entpuppten sich als deutliche Verlierer.

Gestützt auf einen klaren Wahlsieg und sicherlich genügend Parteigänger im Kongress, kann Morales eine starke Regierung antreten, die die ständigen Revolten und die mangelnde Stabilität der Führung des Staates ablöst, wie die Demissionen der beiden letzten Präsidenten Sánchez de Losada und Carlos Mesa beweisen. Den Übergang führte der interimistisch ernannte Präsident des Obersten Gerichtshofes Eduardo Rodríguez, dem das Verdienst gebührt, den Wahlprozess ordentlich geführt zu haben.

Für die beiden grossen Nachbarländer Boliviens, Argentinien und Brasilien, steht viel auf dem Spiel. Beide Länder sind Abnehmer des bolivianischen Erdgases. Bolivien besitzt nach Venezuela die zweitgrössten Gasreserven Südamerikas vor Argentinien, Brasilien, Peru und Chile. Sie wurden ab 1997 entdeckt, nachdem die damalige Regierung Erdöl und -gas privatisiert hatte. Seither kontrollieren Repsol/YPF aus Spanien und Argentinien, Petrobras aus Brasilien und Total aus Frankreich 86 Prozent der bisher erforschten Gasreserven.

Argentinien bezieht derzeit täglich 5,5 Millionen Kubikmeter Gas aus Bolivien, das insbesondere im Nordwesten für die Zuckermühlen und den Bergbau verwendet wird. Brasilien erhält viel mehr. In Argentinien steht ein Megaprojekt für eine neue Gasleitung aus Bolivien bis Santa Fe still, weil keine Lieferbedingungen vereinbart worden sind. Die Lieferungen würden auf 20 Millionen Kubikmeter im Tag zunehmen. Im Klartext geht es um den Gaspreis.

Bolivianische Sprecher vergleichen den Gaspreis von 1,80 bis 2,30 Dollar je Million BTU, den Argentinien und Brasilien bezahlen, mit Preisen von 10 bis 12 Dollar in Kalifornien. Evo Morales hat ebenfalls höhere Preise in Aussicht gestellt, ohne allerdings konkrete Zahlen zu nennen. Argentinische Quellen berechnen den Indifferenzpreis auf 2,70 Dollar je Million BTU, zu dem auch andere Energiequellen (Erdöl oder Kohle) eingesetzt werden können. Auf jeden Fall muss der argentinische Staat für die Differenz aufkommen, die sich aus einem viel niedrigeren internen Gaspreis von knapp über einem Dollar je Million BTU ergibt. Der Subventionsbetrag müsste dramatisch zunehmen, wenn Bolivien teurer verkauft und die argentinischen Inlandspreise weiter eingefroren sind.

Für Bolivien geht es um die Staatskasse. Die Erdöl und -gasfelder wurden bereits zu Jahresmitte verstaatlicht, obwohl die privaten Unternehmen sie nach wie vor ausbeuten. Die Gebühren wurden auf 18 Prozent und die indirekten Steuern auf 31 Prozent angehoben, zusammen die Hälfte des Preises ab Förderung. Das hat dem Staat den Gegenwert von rund 700 Millionen Dollar eingebracht. Morales setzt auf höhere Einkünfte, damit er seine ehrgeizigen Sozialprogramme finanzieren kann.

Eine Rückverstaatlichung der Erdölwirtschaft schlägt Morales freilich aus, der unmittelbar nach seinem Wahlsieg das Privateigentum als solches garantierte und auf Konfiskationen verzichtete, wie sie linkslastige Politiker gerne befürworten, darunter auch Gewerkschafter, die ihm Stimmen zugeführt haben.

Anders verhält es sich mit dem strittigen Problem des Coca-Anbaus. Vor über zehn Jahren vereinbarte die damalige Regierung mit Washington, dass die Cocafelder ausgemerzt werden würden, was auch weitgehend geschah. Die US-Regierung finanzierte das Programm. Das Drogengeschäft blüht freilich nach wie vor, solange in den Vereinigten Staaten und Europa der Konsum für den Absatz sorgt. Morales will die Cocafelder wieder zulassen. Das wird eine Konfrontation mit der US-Regierung bewirken, deren Sprecher im Gegenzug bereits unterschwellig eine Streichung der Hilfsgelder andeuteten. Erdgaslieferungen an Argentinien und Brasilien zu höheren Preisen mögen für den Ausgleich sorgen.

Kurz vor den Wahlen verkündete Evo Morales seine Absicht, als Präsident die Aufnahme Boliviens als Vollmitglied des Mercosur anzustreben. Gegenwärtig ist Bolivien assoziiertes Mitglied des Mercosur im Rahmen einer Freihandelszone. Als Vollmitglied müsste Bolivien den gemeinsamen Zolltarif des Mercosur einführen und sonstige Abmachungen mit Drittländern sistieren. Der neu ernannte Chefbotschafter des Mercosur, Carlos „Chacho“ Alvarez, der Eduardo Duhalde ersetzte, befürwortete nach den Wahlen ebenfalls die Aufnahme Boliviens als Vollmitglied des Mercosur. Nach Venezuela, dessen Aufnahme als Vollmitglied unlängst beschlossen wurde, würde Mercosur mit Bolivien auf sechs Mitglieder anwachsen.

Eine stabile Regierung in Bolivien ist für die Region sicherlich wünschenswert, damit die hängigen Probleme mit den Nachbarländern angegangen werden können, darunter auch neben den Gaspreisen der über ein Jahrhundert alte Streit mit Chile über den Zugang Boliviens zum Pazifik. Unterdessen sorgen gewählte Regierungen in Südamerika für politische Stabilität und friedliche Beziehungen untereinander. Nach dem Verzicht auf Atombomben, Raketen und biologischen Waffen ist die Region eine Friedensoase in einer Welt, wo es nicht an möglichen Aggressoren mit Massenvernichtungswaffen mangelt.

Neuer Park in Puerto Madero

Buenos Aires (AT/RTA) - Die Stadtregierung hat in der Vorwoche die Einrichtung eines neuen Parks im Viertel Puerto Madero begonnen. Der “Mujeres Argentinas” genannte Park wurde von sechs Architekten entworfen, nachdem er im Hauptplan des neuen Viertels bereits vor zehn Jahren vorgesehen war.

Der Park befindet sich im Dique 1 im südlichsten Teil des Viertels zwischen der Avenida de los Italianos und der Strasse Juana Manso. Nahezu alle Straßen und Parks des Viertels tragen Frauennamen. Mit Kosten von rund 10 Millionen Pesos handelt es sich um das größte Bauobjekt der Stadtregierung. In 14 Monaten soll der Park vollendet sein, damit die Einweihung etwa im Februar 2007 stattfinden kann.

Das Gelände umfasst nahezu sechs Hektar zwischen beiden genannten Strassen, den Hochhäusern River View, Fidus und Buenos Aires sowie der Residenz Renoir. Mehr als tausend Bäume meist autochtoner Herkunft wie Araukarien, Platanen, Magnolien und Tipas sowie Sträucher und Kletterpflanzen werden angepflanzt werden, dazu kommen sanitäre Einrichtungen und Beleuchtung. Die Firma Caputo und Salvatori führt die Bepflanzungen durch und übernimmt die Pflege für ein Jahr. Ein großes Amphitheater wird auf dem Platz für Kultur sorgen.

Puerto Madero enstand 1989 als neues Viertel der Stadt Buenos Aires. Derzeit verzeichnet das Viertel die höchsten Wachstumsraten der Stadt. Elf private Unternehmen bauen für rund 200 Millionen Dollar, darunter Hochhäuser und den neuen Hauptsitz von Repsol/YPF. Im Viertel leben bereits 8500 Menschen und arbeiten nahezu 30.000. Täglich kommen rund 23.000 Menschen ins Viertel, an Wochenenden sogar mehr als 40.000.

Randglossen

Wie alljährlich zum Jahresen-de erinnern sich Senatoren und Deputierte an ihre eigentlichen Aufgaben, nämlich Sitzungen abzuhalten, deren Beschlussfähigkeit zu garantieren, zu debattieren und allenfalls Gesetzesprojekte einzureichen sowie zu verabschieden. Im Verlauf von 2005 hielten sich die nationalen Parlamentarier diskret zurück, erschienen kaum zu den Sitzungen und kümmerten sich hauptsächlich um die Wahlen. Im Ergebnis wurden wenige ordentliche Sitzungen der Deputiertenkammer, einige mehr des Senats abgehalten. Ein gewaltiges Arbeitspensum staute sich vor Weihnachten, das in Windeseile absolviert wird. Danach warten parlamentarische Ferien, die erste Priorität genießen.

Der besonders rührige Steuerein-treiber der Provinz Buenos Aires, Santiago Montoya, hat sich eine neue Methode einfallen lassen, um rückständige Kraftfahrzeugsteuern zu kassieren. Zahllose Eigentümer teurer Automobile unterlassen es, die Steuern zu entrichten. Künftig werden solche Fahrzeuge von der Polizei beschlagnahmt, sofern sie mehr als 25.000 Pesos wert sind und die Steuerschuld mehr als zehn Prozent des Wertes ausmacht. Eine Gnadenfrist von 15 Tagen erlaubt den säumigen Schuldnern die Zahlung, sonst werden die Automobile von der Polizei übernommen, um Sicherheitsdienste zu leisten. Erste Stichproben bei der Überfahrt des Rio de la Plata ergaben, dass die Hälfte der Fahrzeuge Steuerschulden aufwies. Skandalös.

Copa verteidigt

Bocas 15. Titelgewinn lässt Bombonera beben

Erst hielt er, dann traf er selbst: Roberto Abbondanzieri.
(AP-Foto)

Buenos Aires (AT/me) – Auf den Schultern der Spielerkollegen ging es für Abbondanzieri und Palermo in die Ehrenrunde, vorbei an der rythmisch-johlenden *Barra Brava* und begleitet von Konfetti und Feuerwerk. Die Verteidigung der Copa Sudamericana beschert Boca Juniors den dreifachen Titelgewinn und eine riesige Meisterschaftsfeier nach einer spannenden Partie in der die Argentinier gegen Pumas aus Mexiko-Stadt die klar bessere Mannschaft waren.

Vor allem in der ersten Hälfte kamen die Pumas nur äußerst selten vor den Kasten von Abbondanzieri, der vom *Clarín* später die maximale Bewertung von zehn Punkten erhalten sollte, und die Xeneizes konzentrierten ihre Angriffe vor dem Strafraum von Pumas Torhüter Bernal, ohne jedoch aus dem Spiel heraus die Führung zu erzielen. Standardsituationen, meist von Insúa geschossenen, erreichten häufig den Kopf von Palermo, dem in der 31. Minute schließlich der Treffer zum 1:0 mit dem linken Fuß gelang. Doch nach dem Seitenwechsel kamen die Mexikaner mit einem anderen Engagement aus der Kabine und erspielten sich vermehrt Chancen, ehe Schiedsrichter Amarilla wegen Handspiels von Schiavi zum Elfmeterpunkt wies. Mariano verwandelte sicher für Pumas zum 1:1 und es roch nach Elfmeterschießen, weil beide Teams trotz massiver Chancen nicht das Glück des entscheidenden Treffers hatten: Abbondanzieri wehrte reaktionsschnell mit der Hand nach einem Schuß von Botero; Bocas Delgado setzte den Ball kurz vor Schluß an den linken Pfosten.

Im Elfmeterschießen schlug dann die Stunde von *El Pato* Abbondanzieri, der zwei Tore verhinderte und den Siegtreffer selbst schoss, nachdem er sich unabgesprochen den Ball schnappte. Der sicher verwandelte Schuß katapultierte die Fans in der *Pralinenschachtel* nach Mitternacht in den Rausch eines würdigen Meisterschafts-Königs und mit der runden Trophäe in der Hand trugen die Spieler die beiden Matchwinner Palermo und *El Pato* auf Händen an den grölenden Fanblöcken vorbei.

Das Jahr 2005 schließt damit für Boca äußerst erfolgreich, denn nach dem Gewinn der *Recopa* und dem kräftigen Schlußspurt und anschließendem Sieg in der Apertura-Meisterschaft bringt der Erfolg in der *Copa Sudamericana* zumindest auf dem Papier auch Ruhm über die Landesgrenzen hinaus: Mit nunmehr 15 internationalen Titeln kann Boca mit den europäischen Größen Real Madrid und AC Mailand, sowie mit dem Ligakonkurrenten Independiente gleichziehen. Nach durchwachsener Clausura gelang den *Xeneizes* damit eine beeindruckende Kraftleistung bei der die Spieler vor allem gegen Saisonende anstrengende englische Wochen zu spielen hatten. Mit Abbondanzieri und Schelotto eroberte Boca die sechste gemeinsame Meisterschaft und unter dem oft gescholtenen Trainer Alfio "*Coco*" Basile scheint eine neue Ära angebrochen – ähnlich wie unter *Toto* Lorenzo oder Carlos Bianchi.

AUSFLÜGE UND REISEN

Das Museum im Herzen der alten Stadt

Türen, Tore und Portale im Museo de la Ciudad.

Buenos Aires ist mit etwas mehr als vier Jahrhunderten Existenz eine relativ junge Stadt, und doch mit einer erstaunlich reichen Tradition. Ihre Geschichte ist vor allem deshalb interessant, weil sie ein Schmelztiegel verschiedenster europäischer Kulturen ist. Ihre Architektur wird mit der von Paris verglichen, aber auch Spanien ist natürlich stark vertreten, teils auch England und Deutschland.

Vieles von dem, was die Bewohner von Buenos Aires in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten schufen und wie sie lebten, ist im Museo de la Ciudad zu sehen. Vom Architekten José María Peña gegründet, entstand es aus bescheidenen Anfängen in einem altehrwürdigen Eckgebäude an der Kreuzung der Straßen Defensa und Alsina. Das war das Herz der Altstadt, die südlich von der Plaza de Mayo pulsierte, mit ihren Kirchen und öffentlichen Gebäuden, der Hochschule (Manzana de las Luces), ihren Wollbarakken, ihren Fabriken und dem ursprünglichen Hafen, die Boca del Riachuelo mit der Vuelta de Rocha. Also das heutige San Telmo, Monserrat, Boca und Barracas.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: flyer@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Das Gebäude, in dem das Museum untergebracht ist, stammt in seinen Ursprüngen aus dem Jahr 1834, als die „botica“ (Apotheke) und Drogerie, später Farmacia de la Estrella gegründet (und 1885 erneuert) wurde. Hier holten die verzweifelten Porteños, die Einwohner von Buenos Aires, Medikamente, die sie vor der Gelbfieberepidemie von 1871 schützen oder heilen sollten. Das große Ölgemälde am Plafond des Verkaufsraumes stellt eine abstoßend hässlichen Frau - Die Krankheit - dar; zwei bildhübsche Damen hingegen repräsentieren die Medizin und die Gesundheit (http://buenosairesantiguo.com.ar/farmacialaestrella/).

Im 1. Stock funktioniert nun seit mehr als einem Vierteljahrhundert das Museo de la Ciudad mit Eingang sowohl in der Alsina 412 als auch in der Defensa 219. Es gibt hier ständige Ausstellungen sowie Sonderschauen, eine ist derzeit den Türen von Buenos Aires gewidmet.

Mehr als um Türen handelt es sich teilweise um riesige, zweiflügelige Portale, kunstvoll geschnitzt, manche mehrere Meter hoch und breit - wahre Prachtstükke des urbanen Spätbarocks. Denn meist sind es keine Türen für den Personenverkehr, sondern Tore, durch welche die Pferdegespanne rollten. Ein einziges dieser Stükke würde heute wohl so viel wie ein Einfamilienhaus kosten.

Daneben gibt es alte Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu betrachten, Kinderspielzeuge und Weihnachtsgeschenke aus den Anfängen des letzten Jahrhunderts, vergilbte Bilder und Dioramen.

Ein beschaulicher und interessanter Streifzug durch das Buenos Aires von gestern und vorgestern. Montags bis freitags von 11 bis 19, sonntags von 15 bis 19 Uhr.

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,04. Die Rofex Terminkurse betrugen zum 2.1. $ 3,032, 31.1. $ 3,050, 28.2. $ 3,064, 31.3. $ 3,079, 2.5. $ 3,091, 31.5. $ 3,103 und 30.6. $ 3,117.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,5% auf 1.516,24, der Burcapindex um 2,9% auf 4.528,00 und der Börsenindex um 2,7% auf 67.517,02.

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,3% auf $ 2,388.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 19.12.05 U$S 27,52 Mrd., der Banknotenumlauf $ 45,75 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 26,71 Mrd. bzw. $ 45,64 Mrd., einen Monat zuvor U$S 26,64 Mrd. bzw. $ 42,72 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 19,19 Mrd. bzw. $ 36,29 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 20.12.05 151,5%.

***

Der Lebensmittelkonzern Arcor steht vor der Übernahme seines Konkurrenten Benvenuto SACI, Inhaber von La Campagnola. Der Kaufpreis soll etwa einen Jahresumsatz von La Campagnola, U$S 50 Mio., betragen. Das Unternehmen wurde 1912 von 2 italienischen Einwanderern gegründet, die Konserven aus Italien einführten. Heute setzt es mit 2.000 Mitarbeitern und 4 Fabriken $ 150 Mio. um. Ausserdem kontrolliert es eine Fischverarbeitung in Rio Grande do Sul, Brasilien, und besitzt eine Fischfangflotte von 6 Schiffen, davon 5 Gefrierschiffe. Arcor setzt U$S 1,3 Mrd. im Jahr um und exportiert füir U$S 270 Mio.

***

Die Provinz Buenos Aires hat für ihre Umschuldung eine Zustimmung von rd. 93% erhalten. Damit beträgt die Provinzschuld statt der ursprünglichen U$S 4,3 Mrd. jetzt U$S 2,84 Mrd. Der durchschnittliche Abschlag betrug 55% und die defaultierten Bonds werden gegen lang- und mittelfristige Parbonds und Discountbonds eingetauscht.

***

Die Weltbank wird Argentinien in den nächsten 3 Jahren Darlehen von über U$S 3 Mrd. gewähren, vorwiegend für Infrastrukturinvestitionen im Strassenbau und Gesundheitswesen. Wie Argentiniens Vertreter vor der Weltbank, Alieto Guadagni, weiter erklärte, wurden bei dem letzten Treffen 2 Darlehen bestätigt, davon U$S 150 Mio. für die Verbesserung der Erziehung von 800.000 Landkindern. Bezüglich bereits gewährter und dann in Wartestellung gebrachte Darlehen für Strassenvorhaben musste die Strassenbaudirektion 10 oder 12 Ausschreibungen stornieren, was sie der Weltbank bekanntgab. Dadurch entstanden Gespräche zwischen der Bank und dem Amt über die ordnungsgemässe Anfertigung von Lastenheften und Bestimmungen für die Ausschreibungen, mit denen die Konkurrenz gefördert und dadurch die Kosten verringert werden können.

***

Seit ihrer Gründung im Februar 03 hat die Treuhand der Provinz Buenos Aires, von einem Portefeuille von $ 1,8 Mrd., $ 738 Mio. wieder hereingebracht. Das Portefeuille wurde der Provinz von der Provinzbank Bapro übertragen, als sie ihre Schulden mit der Ausgabe eines Provinzbonds umstrukturierte. Das Ergebnis ist bedeutungsvoll, wenn berücksichtigt wird, dass beinahe alle 25.000 Schuldner von über 60.000 Finanzoperationen in die ZB-Kategorien 3-6, im Klartext uneinbringlich, fielen. In den 2 Jahren und 10 Monaten wurden Vereinbarungen mit 800 kleinen und mittelständischen Unternehmen mit rd. 4.000 Mitarbeitern getroffen, deren Arbeitsplätze erhalten werden konnten, ferner mit 2.400 Einzelschuldnern, mit 50 Grossunternehmen die 14.000 Arbeitsplätze haben. und mit 160 mittelständischen Betrieben und 600 Arbeitsplätzen. Nach Regelung ihrer Lage finden die Schuldner rasch Anschluss an das Finanzsystem mit Darlehen für die Produktion und den Verbrauch.

***

Vor der Krise 01 waren 16% der verkauften Medikamente rezeptfrei. 05 waren es 24%. Nach Umsätzen legten die rezeptfreien Arzneien von 8,8% auf 10,4% zu, da ihre Preise weniger als die der rezeptpflichtigen zunahmen, wie Capemvel, die Kammer für rezeptfreie Arzneien mitteilt. Jedenfalls ist der Umsatz Juli 04/5 von $ 664 Mio. beinahe doppelt so gross wie der vor der Krise 01. Die Preiszunahmen der rezeptfreien Medikamente nahmen seit damals weniger, die der rezeptpflichtigen mehr als die durchschnittliche Teuerung zu.

***

Einem Bericht der AFIP (Administración Federal de Ingresos Públicos) kann entnommen werden, dass von den 1995-04 eingenommenen $ 619,05 Mrd. nur 1,84% durch Moratorien eingingen, bei denen nur 47% der verpflichteten Beträge bezahlt wurden. Von insgesamt $ 23,98 Mrd. konsolidierte Schulden von 15 verschiedenen Schuldregulierungen in den letzten 10 Jahren wurden 47,5% tatsächlich bezahlt und somit $ 11,39 Mrd. eingenommen.

***

Im Rahmen der Kampfansage der Regierung gegen die Teuerung wird die petrochemische Industrie die Kunststoffpreise für Verpackungen lebensnotwendiger Produkte um 15% senken. Wie das Sekretariat für technische Koordinierung weiter bekanntgab, schliesse das auch Kunststoffbeutel für Milch und Yoghurt, für Zucker und Reis, Gefässe für Speiseöl, Hyperchloridlösung, Deckel für Kunststoffflaschen, Verpackungen von Margarine und Marmeladen, gelüftete Folien für Brot, Verpackungen für Brathühnchen, Fleisch, Obst und Gemüse, ein.

***

Mit dem technischen Beistand des nationalen Arbeitsministeriums wird das Produktionsministerium der Provinz Buenos Aires 06 29 neue Industrieparks schaffen. Sie seien für mindestens 500 kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) bestimmt, die Steuerbegünstigungen bei der Bruttoeinnahmensteuer und Gemeindeabgaben geniessen werden. In der Provinz gibt es bereits 52 Industrierparks. Die Provinz hat für das Vorhaben $ 2,84 Mio. bestimmt, die zu den $ 2,62 Mio. kommen, die zu Jahresbeginn investiert wurden.

***

Die Regierung wird der ZB einen Korb von Staatspapieren mit Laufzeiten zwischen 2012 und 2018 übertragen, als Entgelt für die Währungsreserven, die bis Jahresende zur Zahlung der Verpflichtungen an den IWF aufgewendet werden. Der Vorgang wird ähnlich der Übernahme der Ersatzgelder sein, die die Provinzen in der Krisenzeit nach 01 ausgegeben hatten. Damals erhielt die ZB für rd. $ 2,4 Mrd. Boden 2012 und 2013 Bonds. Diesmal wird die ZB U$S 9,81 Mrd. für den IWF bereitstellen und Staatspapiere erhalten, die ihre Buchwerte unbeeinflusst lassen. Mit dem Verkauf von Boden 2012 für U$S 2 Mrd. an Venezuela im kommenden Halbjahr, würde sogar ein Teil der Devisen wiedergewonnen werden.

***

Das Arbeitsministerium gab bekannt, dass in den letzten 2 Jahren rd. 400.000 durch den Plan für arbeitslose Familienoberhäupter Begünstigte, regelmässige Beschäftigungen erhalten haben. Die Beschäftigtenzahl habe vom 3. Quartal 03 bis zum 3. Quartal 05 um 9,7% zugenommen. Bei Ausklammerung der Unterstützungsempfänger, die Gegenleistungen verrichten, betrage die Zunahme 12,7%. Die Eingliederung der unterstützten Familienoberhäupter als Beschäftigte schlage sich auch in den

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Mateo Kress Durhand, am 16.12.

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR
CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Der Verkauf der Boston Bank in Argentinien

Die von der südafrikanischen Standard Bank und der argentinischen Wertheingruppe und der Familie Sielecki gegründete Gesellschaft hat bereits die notwendigen Unterschriften abgegeben, um die lokale Niederlassung der Boston Bank zu übernehmen, die von der Bank of America der USA kontrolliert wird. Der Kaufpreis soll zwischen U$S 160 und 180 Mio. liegen. Die Gesellschaft übernimmt damit die gemeinsame Verwaltung mit dem Verkäufer, bis die Bewilligungen der zuständigen Behörden gewährt sind.

Dazu gehört die Bewilligung der argentinischen Zentralbank und des Unterstaatssekretariates für Konkurrenzschutz sowie der zuständigen Behörden der USA, in denen die Bank of America ihren Sitz hat, sowie Südafrikas und Grossbritanniens, in denen die Standard Bank notiert. Erfahrungsgemäss wird dafür mit 4 bis 6 Monaten gerechnet, so dass die Übernahme im 2. oder 3. Quartal 06 erfolgen würde. Bedeutend bei dem Verkauf ist, dass die Bank of America alle Zahlungen und Forderungen aus Schutzrekursen gegen die Boston Bank übernimmt.

Nach der Übernahme wird die Boston Bank Niederlassung unter dem Namen Standardbank weiter geführt. Die südafrikanische Bank wird mit 70%, die Wertheingruppe mit 20% und die Sieleckyfamilie mit 10% beteiligt sein. Die neuen Inhaber wollen die gesamte Belegschaft, einschliesslich der Führungskräfte, behalten und erwägen die Erweiterung des Filialennetzes.

Die Standard Bank ist südafrikanisch, mit einer Sonderniederlassung in London. Sie spezialisiert sich auf Entwicklungsländer. Ihr Kapital beträgt über U$S 100 Mrd. Sie ist die erste ausländische Bank, die sich seit dem Wirtschaftszusammenbruch 2001 in Argentinien niederlässt.

Die lokale „Banco de Boston“, vor einigen Jahren in BankBoston umbenannt, war eine Filiale der Boston Bank der USA, mit Sitz in der gleichnamigen Stadt im Staat Massachussets. Vor einigen Jahren übernahm die Bank in Argentinien das Einzelhandelsgeschäft der Deutschen Bank im Land, mit allen Filialen. Einige Zeit vorher hatte die Deutsche Bank die lokalen Filialen der Bank of America übernommen. Später wurde die BankBoston in den USA von der Fleet Bank übernommen, die danach von der Bank of America aufgekauft wurde, die dann von einer Bank des Staates Carolina übernommen wurde, wobei bei der Fusion der Namen Bank of America beibehalten wurde. Dabei ging der Hauptsitz von San Francisco auf North Carolina über. Jetzt steigt die Bank, die im internen Bankgeschäft der USA sehr bedeutend ist, aus Argentinien aus, weil dieses Geschäft nicht in das Konzept der Bank passt.

Hohes Fusionsvolumen 2005

2005 wurden in Argentinien Firmen für über U$S 3,5 Mrd. fusioniert oder übernommen, beinahe dreimal soviel wie im Vorjahr, wie die Beraterfirma KPMG ermittelt hat. In den ersten elf Monaten des Jahres wurden 63 Fusionen bzw. Akquisitionen durchgeführt. Mit vier Grossübernahmen war Brasilien der grösste Käufer argentinischer Unternehmen. Die dynamischste Branche waren Fernverbindungen.

Obwohl die Zahl der Betriebsübertragungen um 11% geringer als die 71 des gesamten Jahres 2004 waren, ist ihr Wert bereits beinahe dreimal so gross wie die gesamten U$S 1,23 Mrd. des Vorjahres. Nach Staatsangehörigkeiten der Käuferfirmen waren 2005 41% argentinisch, um 11% mehr als der bisher grösste Anteil in den letzten neun Jahren. Von den Kaufpreisen haben sie mit U$S 842 Mio. allerdings nur 24% des Gesamtumsatzes bestritten.

Brasilianische Unternehmen haben 4 Akquisitionen für U$S 1,27 Mrd. getätigt, darunter die grösste Zementfabrik des Landes, Loma Negra, durch Camargo Correa für U$S 1,02 Mrd. Es folgt Spanien, mit 5 Übernahmen für über U$S 1 Mrd., davon die wichtigste Bell South durch Telefónica, für U$S 988 Mio., vor den USA mit 8 Käufen für U$S 174 Mio., Venezuela, ein Kauf für U$S 92 Nio., Holland, zwei für U$S 58 Mio., die Jungferninseln, einen für U$S 21 Mio., Chile, drei für U$S 15 Mio., Indien, zwei für U$S 11 Mio., Deutschland, einen für U$S 10 Mio., Italien, zwei für U$S 8 Mio. und Uruguay, zwei für U$S 4 Mio.

50% der Übernahmen und Fusionen und 90% ihres Gesamtwertes entfielen auf 5 Branchen: Fernverbindungen U$S 1,06 Mrd., Baugewerbe U$S 1,03 Mrd., öffentliche Dienstleistungen und Energie U$S 601 Mio., Nahrungsmittel und Getränke U$S 236 Mio. und Finanzen U$S 235 Mio.

Arbeitslosenzahlen mit und ohne Berücksichtigung derselben nieder. Im 3. Quartal 03 war der Unterschied 3,3% im 3. Quartal 05 1,4%.

***

Knapp 60% der befragten Shoppings erwarten zu Jahresende 05 um 20%-30% grössere Umsätze als vor einem Jahr, wie die Handelskammer CAC ermittelt hat. Ketten wie Frávega, Musimundo und Garbarino erwarten Zunahmen von 100% bis 20%. Die Textilbranche rechnet mit 10% bis 15% mehr, wie ihre Kammer, Ciai, bekanntgab.

***

Die Regierung hat der Provinz Cordoba $ 146 Mio. überwiesen. Damit soll die Provinzrentenkasse zahlungsfähig bleiben. Im ganzen Jahr wurden zu diesem Zweck $ 558 Mio. überwiesen. Die Zahlung erfolgt im Rahmen des Bundesabkommens von 2000 und wurde vom Präsidenten, dem Provinzgouverneur und dem Rentenkassenvorstand schriftlich gebilligt.

***

Nach 17% Zunahme 04 auf 2,6 Mio. t verzeichnet der Düngemittelmarkt 05 einen Rückgang von 4%. Verschiedene Quellen melden Rückgänge von zwischen 70.000 und 100.000 t. 04 haben Profertil, Petrobras, Mosaic, Bunge, Nidera u.a. Düngemittel für U$S 900 Mio. verkauft. Vor 15 Jahren wurden in einem Jahr 300.000 t für U$S 66 Mio. abgesetzt.

***

Der Gebrauchtwagenabsatz erreichte in den ersten 11 Monaten 05 952.281 Einheiten, um 12% mehr als vor einem Jahr. Er übertrifft der gesamten Vorjahresabsatz bereits um 2%.

***

Präsident Kirchner gab bekannt, dass die Arbeitslosenquote im Oktober die 10% Grenze unterschritten hat. Das 3. Quartal schloss mit 11,1% ab, bei Ausklammerung der Unterstützungsempfänger mit 14,1%.

***

Wirtschaftsministerin Miceli erklärte, Argentinien würde 06 die gehabten Devisenreserven zurückgewinnen. Der Stand vor der Zahlung an den IWF würde wieder erriecht werden.

***

Das Bergbauunternehmen Minera Alumbrera will die Ausschreibung für ihre 4. Geröllmühle im Januar durchführen. Die Investition von U$S 15,5 Mio. werde die Verarbeitungskapazität von 37 Mio. Jato auf 40 Mio. Jato erhöhen.

***

Chile belastet Getreidemehl und seine Mischungen aus Argentinien seit Dezember 04 mit 17% Sonderzoll auf die festgelegten 6% Zoll, und andere Gebühren. Dazu kommt für die Mühlen die noch von Lavagna verfügte Abschaffung von 5% Ausfuhr-Rückvergütung. Bei den Verhandlungen einigten sich die Staaten auf argentinische Lieferungen von 10.000 t. Im Gegenzug würde Argentinien nicht bei der WHO gegen die Massnahme klagen. Schliesslich verringerte Chile den Sonderzoll von 17% auf 14%, gewährte jedoch die zugesagten 10.000 t ohne Sonderzoll nicht.

***

Die Regierung gab die Ausschreibung der 2. Etappe der Autobahn Luján-Mercedes bekannt. Der Kostenvoranschlag betrage $ 60 Mio., die Bauzeit 18 Monate. 06 sollen die Autobahnen Rosario-Cordoba und Ceibas, Provinz Entre Rios, - Paso de los Libres, Provinz Corrientes, die jetzige „Todesstrasse“, ausgeschrieben werden.

***

Der Generalsekretär der Gewerkschaft der Staatsbeamten, Micheli, erklärte, nach einer Besprechung mit Wirtschaftsministerin Miceli, dass es nach März 06 Gehaltserhöhungen für sie geben werde. Der Haushaltsplan 06 sehe keine Gehaltserhöhungen vor, doch die Ministerin habe die Möglichkeit offen gelassen.

***

Das Wirtschaftsministerium hat Sonderzölle von 20% bis 150% auf Badezimmereinrichtungen aus Brasilien und Uruguay verfügt, da Dumping festgestellt wurde. Nach der von der argentinischen Firma Ferrum beantragten Ermittlung kam die Wirtschaftsführung zu dem Schluss, dass keramische Erzeugnisse wie Klosettmuscheln, Behälter, Waschbecken, Bidets usw. aus den beiden Staaten der argentinischen Wirtschaft bedeutenden Schaden zufügen.

***

S. Andrada von der Zentrale für die Erziehung des Endverbrauchers gab bekannt, dass bei Produkten des Grundwarenkorbes, deren Preise laut Abkommen mit der Regierung zu verbilligen waren, Marken ausgetauscht und Versorgungsknappheiten festgestellt wurden. Die verbilligten Erzeugnisse seien auch nicht 226 sondern 125, weil viele mehrmals angeführt sind und bei etwa 20 habe die Zentrale Preiserhöhungen von 6% bis 20% festgestellt, darunter bei Matekraut, Kaffee, Käse, Magermilch,

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Anwälte
Abogados

Claudio Gaebler
Erbschaften u.a. Sucesiones e.o.
4798-5650 / 15-4532-1753

Prozesse gegen Argentinien wegen unbezahlter Staatsschulden

Nach letzten amtlichen Zahlen sind, laut den Memoranda der argentinischen Rechtsvertreter in den USA, Cleary, Gottlieb, Steen & Hamilton, gegen Argentinien Prozesse wegen defaultierter Staatspapiere über U$S 1,88 Mrd. in Gang.

Es seien 204 Klagen in den USA, Deutschland und Italien, davon in New York 65 Fälle über U$S 1,74 Mrd., die meisten im Gericht das Thomas Griesa untersteht. Die Fälle können in drei grosse Gruppen eingeteilt werden:

- Einzelklagen: Fünf von ihnen über insgesamt U$S 736 Mio. haben bereits für Argentinien ungünstige Urteile, davon U$S 725 Mio. des EM Fonds mit Sitz auf den Cayman Inseln, des Multimillionärs K. Dart, U$S 900 Mio. stammen aus 47 Fällen, davon U$S 204 Mio. von NML des Elliot Fonds.
- Sammelklagen, bei denen die Vertretung mehrerer Bondsinhaber in einem Prozess erreicht oder versucht wurde. Bis jetzt gelang das bei einigen der defaultierten Bonds. Weitere acht Ansuchen haben die Bestätigung als Sammelkläger erhalten, doch Argentinien sucht die Ablehnung derselben in zweiter Instanz.
- Pfändungs- oder Störungsversuche der Umschuldung. Der tatkräftigste war der Versuch der EM und NML Fonds, die Umschuldung aufzuhalten und die ausgetauschten Bonds zu pfänden.

Vorübergehend wurde auch diplomatisches Eigentum des argentinischen Staates in Washington und Maryland gepfändet. Der Versuch, sich die Garantien für die 1992 ausgegebenen Bradybonds anzueignen, steht vor einem mündlichen Prozess vor einem Kassationsgericht.

Jenseits des Rechtssitzes in den USA erwähnt das Memorandum vier Fälle mit insgesamt 650 Bondsinhabern über E 51 Mio. plus Zinsen in Italien und 125 in Deutschland über E 72,5 Mio. plus Zinsen. Die Fälle in Italien sind besonders kompliziert, da der Umschuldungsvorschlag unter 30% Zustimmung erhielt und die Gläubiger vorrangig die Banken im Visier haben, die ihnen die Bonds verkauft haben. Sie erwarten von ihnen grössere Inkassomöglichkeiten als vom argentinischen Staat.

Toiletteseife, Schampu und Seifenpulver.

***

General Motors (GM) treibt ihr heimisches Zulieferprogramm voran. Um den Anteil inländischer Teile von 45% auf 65% zu erhöhen. verhandelt sie mit 30 Lieferanten über 140 Teile, die derzeit eingeführt werden, deren Fertigung in Argentinien, für rd. $ 50 Mio., in den kommenden Monaten ausgeschrieben werden soll. 8 Teile für $ 8 Mio. im Jahr wurden bereits in Auftrag gegeben. Davon wird Ferrosider Ruedas 250.000 Stahlfelgen im Jahr liefern, Luftzuleitungen gingen an Testori, Deckenverkleidungen an Irauto und Kühlungsteile an Mirgor. Noch vor Jahresende sollen Aufträge für weitere $ 2 Mio. vergeben werden.

***

Während der von der Regierung neu ausgehandelte Vertrag mit dem Erdgasverteiler Gas Natural Ban vom Kongress bestätigt werden sollte, haben Abgeordnete des ARI und der Bürgerverband für Verbraucherschutz Deuco bei Gericht einen Schutzrekurs zur Aufhebung der Verhandlungen beantragt, bis eine neue öffentliche Anhörung stattgefunden hat. Bei der abgehaltenen sei es zu keiner Einigung gekommen und nun wurden Tariferhöhungen bewilligt, die von den damals vorgestellten stark abweichen. Ähnliches würde mit den neuen Verträgen mit den Stromverteilern Edesur und Edenor geschehen. Bei der öffentlichen Anhörung vom 13.5.05 über Gas Natural Ban war von 18% Tariferhöhung für Handel und Industrie die Rede. Das Unternehmen verhandelte weiter, ohne dass es eine Einigung gab. Am 20.6. wurde in Spanien von Planungsminister De Vido und Vertretern von Gas Natural 25% Erhöhung für Handel und Industrie ab November, bei einem Durchschnitt von bis zu 15%, unterschrieben. Und Heimverbrauchern wird ab dem 1.1.06 erhöht. Da diese Erhöhungen vom Senat angenommen wurden und sie nach 60 Tagen auch ohne Zustimmung der Abgeordneten in Kraft treten, wurde der Schutzrekurs beantragt.

***

Seit 1975 war Unisol Lizenzträger von Puma in Argentinien. Nun hat die deutsche Puma das Werk gekauft, um das Wachstum auf ihrem grösste lateinamerikanischen Markt voranzutreiben. Unisol-Puma de Argentina erzeugt in 4 Fabriken rd. 70% des Puma-Schuhwerks das hier abgesetzt wird und führt den Rest ein. Mit $ 75 Mio. Jahresumsatz und 54 Verkaufslokalen hat sie hier rd. 15% Marktanteil. Markterste sind Adidas und Nike mit je 20%.

***

Camuzzi International zieht Klagen gegen Argentinien vor dem Icsid zurück. Sie lauteten auf etwa U$S 250 Mio. Schadenersatz wegen der Abwertung und Tarifeinfrierung der Stromversorgung. Dabei geht es um die Firmen Edea (Empresa Distribuidora de Energía Atlántica), die Strom im Osten der Provinz Buenos Aires verteilt, Edersa (Empresa de Energía de Rio Negro SA), Stromverteiler in der Provinz Rio Negro, und Transpa (Empresa de Transporte de Energía Eléctrica por Distribución Troncal de la Patagonia SA), dem Stromtransportunternehmen in Patagonien.

***

Das französische Pharmalabor Pierre Fabre investiert E 4 Mio. in die Erweiterung ihres Werkes Rovafarm, in La Matanza. Die Belegschaft von heute 250 soll um weitere 20-30 Mitarbeiter erweitert werden und die Herstellung des Tumorheilmittels Vinflunine ermöglicht werden, das von Fabre entwickelt wurde und zusammen mit Bristol-Myers Squibb weiter geprüft wird.

***

Für ihren Kampf gegen die Teuerung hat die Regierung 2 weitere Zusagen erhalten: den 10%igen Preisnachlass bei 216 Medikamenten und den gleichen Preisnachlass bei den galvanisierten Blechen für Konserven und andere Dosen für die Lebensmittelverpackung.

***

Der Weinverbrauch war im Oktober um 5% grösser als vor einem Jahr. Wie das Nationale Winzerinstitut INV veröffentlichte, wurden im Inland 979.494,22 Hl getrunken.

***

Techint-Präsident P. Rocca forderte die ständige Überwachung der Geschäftsbeziehung mit Brasilien. Er klagte über den Druck brasilianischer Industrieerzeugnisse auf den heinmischen Markt. Die anhaltende Überwachung sei unerlässlich, da bei den verarbeitenden Industrien beider Staaten ein starkes und zunehmendes Ungleichgewicht vorherrsche. Die Erklärung wurde in Gegenwart von Wirtschaftsministerin Miceli, bei einem Seminar für kleine und mittelständische Unternehmer, gemacht.

***

Der Generaldirektor des Stahlkonglomerates Ternium erklärte, 05 hätte Techint U$S 130 Mio. in Siderar investiert. 06 würden es weitere U$S 160 Mio. sein, womit das Stahlwerk zum ersten Mal in einer Geschichte mit 2 Hochöfen arbeiten könne. Die Lieferungen hätten einen Rekordstand erreicht.

***

Bis einschliesslich November hat Argentinien Rindfleisch für U$S 1,27 Mrd. ausgeführt. Ein Rekord, der den Ertrag der ersten 11 Monate 04 um 33% übertrifft. Es wurden knapp 550.000, um 27% bzw. 118.000 t mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, geliefert. Der Binnenverbrauch nahm um 6% zu, der Bedarf steige um 2,5 Mio. t im Jahr. Argentinien verkauft an rd. 90 Staaten, doch von 16 stammen 90% der Deviseneinnahmen für Rindfleisch. Aus Russland U$S 326 Mio., Deutschland U$S 204 Mio., Chile U$S 119 Mio., Italien U$S 69 Mio., USA U$S 67 Mio., Grossbritannien U$S 64 Mio., Holland U$S 55 Mio., Israel U$S 47 Mio., Hong Kong U$S 35 Mio., Brasilien U$S 31 Mio., Algier U$S 28 Mio., Spanien U$S 23 Mio., Ägypten U$S 14 Mio., Ukranien U$S 11 Mio. und Marokko U$S 11 Mio.

***

Venezuela kauft argentinische Boden 2012 Bonds in Dollar für U$S 495,7 Mio. Dem Regierungsbeschluss (Amtsblatt vom 20.12.05) zufolge kauft sie die boliviarianische Republik Venezuela direkt über durch sie zu bestimmende Finanzanstalten. Bis jetzt hat Venezuela argentinische Bonds für rd. U$S 1 Mrd. erworben, doch 06 sollen es mindestens weitere U$S 2,5 Mrd. sein.

***

Nachdem es mit 2 Interessenten nicht geklappt hat, hat die Banco Galicia einen Privatinvestor mit einem erfahrenen technischen Betreiber gefunden, der die 77,5% des Wasserwerkes Aguas Provinciales de Santa Fe übernimmt, die Suez und Aguas de Barcelona abstossen. Der Vertrag wurde mit der von Cerámica Alberdi kontrollierten Alberdi Aguas abgeschlossen. Die Galicia Bank behält ihre 12,5%. Betreiber wird Passavant España, die spanische Filiale der deutschen Passavant Rödiger, die über 150 Jahre Erfahrung in der Wasserver- und -entsorgung hat. Der Interessent S. Tasselli, der der Provinzregierung und einen Teil der Gewerkschaften nicht zusagte, wurde ausgeschaltet.

***

Das Molkerei-Grossunternehmen Mastellone Hermanos, Marke La Serenísima, hatte Ende 04 umgeschuldet. Einige Verpflichtungen waren jedoch offen geblieben. Jetzt hat es der Caylón Bank, Nachfolgerin der Credit Lyonnaise, ein Darlehen von U$S 4,37 Mio. zurückgezahlt. Der Barbetrag ist U$S 3,5 Mio., der Abschlag U$S 875.000. Im Gegenzug zahlt es die Fälligkeiten 06 und 2010 früher.

***

Die Techintgruppe hat einen neuen Finanzierungsplan für kleine und mittelständische Unternehmen ihrer Kundschaft vorgestellt. Siderar, der lokale Hersteller der Gruppe von Flachstahl, wird 06 Darlehen auf ein und bis zu 2 Jahren zu Zinssätzen von 3,5% im Jahr in Dollar, für bis zu U$S 300.000 pro Unternehmen, gewähren, um Kapitalgüter zu erwerben, die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit erhöhen.

***

Die Zahlung an den IWF soll jetzt am 3.1.06 erfolgen. Wie Präsident Kirchner erklärte wird am ersten Arbeitstag des nächsten Jahres die Gesamtschuld an den Fonds bezahlt.

***

Präsident Kirchner hat sich vor einer Unternehmergruppe verpflichtet, den Dollarkurs von über $ 3 im ganzen Jahr 06 beizubehalten. Er forderte von allen, dass sie mehr investieren und die Produktionskapazität erhöhen, damit keine Inflation durch ungenügendes Angebot entstehe. Vorwand für das Treffen war die Ankündigung, dass die 14%ige Vergü-

tung für die heimische Maschinenindustrie, die zu Jahresende ablief, um weitere 3 Jahre verlängert wird. Kirchner betonte jedoch, dass alle Produktionsförderungen der Regierung den Investitionen und der Versorgung des Binnenmarktes mit den erforderlichen Qualitäten, Mengen und Preisen unterworfen seien. Wenn die Unternehmer dem nicht entsprechen, können sie aufgehoben werden.

***

Zur Eindämmung der Teuerung 06 will die Regierung die Preisabkommen erweitern und mit der Privatwirtschaft Preise für lebensnotwendige Waren vereinbaren. Unternehmen die das Vereinbarte nicht einhielten, würden bestraft werden. Das verlautete im Wirtschaftsministerium als Teil der Inflationsbekämpfung. Bis jetzt wurden für einige Bereiche Preisnachlässe von durchschnittlich 15% bis zum 31.1.06 vereinbart. Im Januar soll überwacht, im Februar mehr gefordert werden. Als Strafmassnahmen erwägt die Wirtschaftsführung höhere Ausfuhrzölle, Abschaffung von Rückvergütungen und geringeren Zollschutz.

***

Wie der Verbraucherschutzverband Adelco ermittelt hat, gingn die Preise von einem Warenkorb führender Marken im Vormonatsvergleich um 5,44% zurück. Zweite Marken gingen um 11,4% zurück, weshalb für Dezember eine Teuerung von unter 1% erwartet werde. Adelco vergleicht immer bei Supermarktketten, die letzten Male am 22.11. und 21.12.05. Im letzten Monat ging Waschseife um 19,54% zurück, Weizenmehl 19,44%, runde Tomaten 19,26%, Toilettepapier 19,08% und Milchbrot 18,46%. Preiszunahmen wurden festgestellt bei Toiletteseife 25,02%, Detergenten 14,25%, Salzkeksen 13,51%, Streichkäse 8,46% und Reis 6,37%.

***

Die Regierung hat verneint, dass die Auszahlung der Schulden an den Pariser Club erwogen werde. In weiterer Zukunft könnte das möglich sein. Der grösste Gläubiger innerhalb des Pariser Klubs ist Spanien, das 2000 am meisten zur Finanzabschirmung der Regierung De la Rúa beigetragen hat. Es waren U$S 1 Mrd., von denen U$S 750 Mio. affektiv ausgezahlt wurden.

***

Die Eintragung in den Rafa benannte Zahlungserleichterungsplan für Steuerschulden der AFIP wurde vom 28.2. auf den 31.3.06 verlängert. Es ist die 2. Verlängerung des Planes, der bis zu 60 Monatsraten für bis zum 31.3.04 fällige Steuerschulden ermöglicht. Später fällig gewordene Steuern können in bis zu 12 Raten bezahlt werden. Mit Beschluss 578 des Wirtschaftsministeriums werden die Verzugszinsen von 2% auf 1,5% im Monat verringert, die Strafzinsen von 3% auf 2,5%, beide ab dem 1.9.04.

***

Der erste Beschluss der Justizgeneralinspektion (IGJ) nach dem Rücktritt von R. Nissen, bestimmt die Vorlage der Buchführungen von nicht vom Paragraphen 299 des Gesetzes Nr. 19.550 betroffenen Handelsgesellschaften, mit Bilanzen ab dem 31.5.06. Der Beschluss 11/05 von Subinspektor Rossi, Verwalter der DGJ, gestattet die Vorlage der Bilanz auf Papier, jedoch auch auf Disketten oder CDs, nach einem Programm der DGJ. Damit soll die Tätigkeit rationalisiert werden.

***

Mitte 01, als die Krise begann, wagte eine Schweizer Gruppe eine Investition von E 25 Mio. im Industriepark von Pilar. Ihre Firma, Industrias Alimenticias Argentinas, belieferte Supermärkte und die Ganciagruppe, Inhaberin der Sibarita Pizzas. 04 kaufte sie Sibarita und begann den Export. 05 erreichten ihre Ausfuhren 35% des Umsatzes von $ 10 Mio., erhielten einen der 12 Preise der Export-Ar Stiftung und sollen 06 verdoppelt werden.

***

Das Mercosurgericht TPR (Tribunal Permanente de Revisión) hat zu Gunsten Uruguays entschieden. Argentinien muss die Einfuhr von in Uruguay runderneuerten Kfz-Reifen zulassen. Damit wird ein Gesetz des argentinischen Kongresses ungültig, das reparierte Gebrauchtreifen als grosses Umweltrisiko eingestuft hatte. In erster Instanz gewann Argentinien, doch die Regierung Vázquez legte Berufung ein. Das zweitinstanzliche Urteil ist endgültig und straffähig.

***

Das Energiesekretariat hat die Bestimmung, derzufolge Tankstellen ihr Pressgas am elektronischen Grosshandelsmarkt beziehen müssen, vom 1.1. auf dem 1.3.06 verschoben. Die neue Art der Gasversorgung beunruhigt die Branche, doch besteht keine Einigkeit über ein gemeinsames Vorgehen.

***

Nach dem Senat hat auch das Abgeordnetenhaus das Regierungsdekret 1599/05 bestätigt, das ZB-Reserven für die Tilgung der Schuld an den IWF bestimmt. Das Dekret schafft frei verfügbare Devisenreserven, die nicht zur Stützung der monetären Basis vonnöten sind und ausschliesslich zur Zahlung von Schulden an internationale Finanzkörperschaften einzusetzen sind.

***

Am 21.12.05 haben Senatoren und Abgeordnete eine Gesetzesvorlage angenommen, die die Steuerbefreiung der Dieselöleinfuhren von bis zu 1 Mio. cbm/Jahr durch 06 und 07 verlängert, um der Energiekrise entgegenzuwirken.

***

Gemäss den Angaben des statistischen Amtes (INDEC) über die Zahlungsbilanz, fand in den ersten 9 Monaten 05 ein Kapitalzufluss aus dem Ausland von u$s 3,91 Mrd. statt, was einen Rekord seit 1998 darstellt. U$S 2,56 Mrd. entfielen auf das 2. Quartal, während es im 3. Quartal nur u$s 467 Mio. waren. Im 3. Quartal betrugen die Überweisungen von Gewinnen und Dividenden ins Ausland u$s 789 Mio., um 30% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. In 9 Monaten waren es u$s 2,11 Mrd., 54% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Im 3. Quartal hatte die Bilanz der laufenden Zahlungen mit dem Ausland einen Überschuss von u$s 2,10 Mrd., was eine Folge des hohen Handelsbilanzüberschusses und der niedrigen Zinszahlungen war, was auf die Umschuldung der Staatsschuld zurückzuführen ist. Trotz Zahlungen von u$s 1,27 Mrd. an internationale Finanzinstitutionen nahmen die Reserven im 3. Quartal um u$s 2,56 Mrd. zu. Zum 30.9. betrug die auswärtige Verschuldung (öffentlich und privat) u$s 117,19 Mrd., was u$s 1,75 Mrd. weniger als am 30. Juni darstellt. Von dieser Schuld entfallen u$s 63,94 Mrd. auf den Staat, der seine Verschuldung gegenüber dem 30. Juni praktisch nicht veränderte. Das Auslandsvermögen von Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, plus Dollarnoten im Land, betrug am 30.Septmber 107,25 Mrd., um 0,83% weniger als die u$s 108,13 Mio. vom 30. Juni. Für diese Zahl bestehen keine direkten Unterlagen; es handelt sich um eine Berechnung auf der Grundlage der Differenz bei der Zahlungsbilanz.

***

Anlässlich einer Zusammenkunft im Regierungsgebäude forderte Präsident Kirchner den Vorsitzenden der Firma Arcor, Luis Pagani, der auch der Vorsitz des Unternehmerverbandes AEA („Asociación Empresaria Argentina“) innehat, auf, die Preise der Nahrungsmittel, die seine Firma erzeugt, nicht zu erhöhen.

***

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) hat dem argentinischen Staat u$s 700 Mio. geliehen, von denen schon u$s 100 Mio. ausgezahlt worden sind, damit die ZB über genügend „freie Reserven“ verfügt, um die Schuld an den IWF Anfang Januar ganz zahlen zu können.

***

Im November betrug der primäre Überschuss des Schatzamtes $ 1,57 Mrd., womit man in 11 Monaten 05 auf $ 19,6 Mrd. gelangt. Auf dieser Basis wird gerechnet, dass der primäre Überschuss 05 um die u$s 20 Mrd. erreicht, was 3,8% auf ein BIP von $ 525,33 Mrd. ausmacht. Bei Abzug der Zinsen verbleibt in 11 Monaten ein echter Überschuss von $ 10,34 Mrd. und im November von $ 861 Mio. Gegenüber 11 Monaten 04 betrug die Zunahme beim primären Überschuss 45% und beim echten Überschuss 140%. In 11 Monaten nahmen die laufenden Einnahmen um 18,5% und die Gesamtausgaben um 22,7% zu. Im November war die Lage jedoch günstiger, indem die Einnahmen um 25,5% über dem gleichen Vorjahresmonat lagen, und die Ausgaben nur um 14% höher waren. Bei den Novemberausgaben bestand der wichtigste Posten in den Überweisungen an die Provinzen, die $ 3,39 Mrd. betrugen und 39% der Gesamtausgaben ausmachten. Diese Überweisungen, die ziemlich willkürlich verteilt werden, erlauben dem Präsidenten, die Gouverneure bei der Stange zu halten. Im November wurden Zinsen für $ 710 Mio. bezahlt und in 11 Monaten für $ 9,22 Mio. Die Kapitalausgaben erreichten im November mit $ 980 Mio. einen historischen Rekord.

***

Der Senat hat das Haushaltsgesetz für 06 am Donnestang verabschiedet, das mit Einnahmen von $ 133 Mio. und einem finanziellen Überschuss von $ 7,4 Mrd. rechnet, wobei der primäre Überschuss $ 17 Mrd. betragen soll. Das Budget wurde auf der Grundlage einer BIP-Zunahme von 4% aufgestellt, bei einer Inflation von unter 10%. Allgemein wird damit gerechnet, dass das BIP-Wachstum und die Inflation höher ausfallen werden.

***

Der Rindfleischpreis (kg. Lebendgewicht) nahm am Markt von Liniers seit dem Höhepunkt vom 6. Dezember um etwa 10% ab.

***

Der Präsident des Weininstitutes, Raul Guiñazú, schätzte für 2005/6 in Mendoza eine um 9% und in San Juan um 2% höhere Weintraubenernte.

***

Die Gewerkschaft der Bankangestellten hat mit den Banken eine Aufhebung des angekündigten Streiks vereinbart, auf der Grundlage, dass die Banken am 5. Januar einen Zusatzlohn von $ 600 zahlen und auch den Zusatz für ungünstige Gegenden normalisieren. Im Februar werden die Lohnverhandlungen wieder aufgenommen.

***

Zwischen der Regierung und der Kammer für generische Medikamente (CAPGEN) wurde vereinbart, dass 100 Medikamente um 10% verbilligt werden.

***

Die Gewerkschaft der Telefonarbeiter hat einen am Donnerstag begonnenen Streik aufgehoben, nachdem das Arbeitsministerium eine obligatorische Konziliation verfügt hat, und die Unternehmen eine Lohnerhöhung von 35% zugesagt haben, bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitszeit um eine Stunde. Die Arbeiter dieser Branche gehörten schon vor dieser Zulage zu den bestbezahlten im ganzen Land.

***

Die Umfrage des Arbeitsministeriums über Beschäftigung ergibt für November eine Zunahme von 9,3% gegenüber November 04 und von 1,3% gegenüber Oktober. Dies bezieht sich auf Gross Buenos Aires, Córdoba, Rosario und Mendoza. Die registrierte Beschäftigung nahm in 12 Monaten zum November um 10,3% um 700.000 Personen zu. Minister Tomada erklärte, gegenwärtig seien 92% der neu geschaffenen Arbeitsplätze registriert, mit Zahlung von Sozialbeiträgen.

***

Der Senat der Provinz Santa Fé hat ein Gesetzesprojekt angenom-

men, das die Übertragung von Aktien von Aguas de Santa Fé (die mehrheitlich der französischen Suez gehört) genehmigt. 77,5% des Kapitals soll an Cerámicas Alberdi übertragen werden.

***

Die Provinz Córdoba hat einen neuen Konzessionsvertrag mit schrittweisen Tariferhöhungen mit dem lokalen Betreiber der Wasserversorung, Aguas Cordobesas, abgeschlossen. Mehrheitskationär ist auch hier die französische Suez. Die Tarife werden je nach Kateogorie zwischen 25% und 60% steigen. Das Unternehmen verpflichtet sich, bis Ende der Konzession, in 22 Jahren, insgesamt $ 170 Mio. zu investieren. Aguas Cordobesas versorgt 450.000 Kunden in der Stadt Córdoba mit Wasser, befasst sich jedoch nicht mit der Entsorgung der Abwässer.

***

Die Firma Sideco (Macri-Gruppe) und ihr chinesischer Partner (Sanhe Hopeful Grain und Oil) haben dem Transportsekretariat einen Investitionsplan für $ 2,4 Mrd. für die Belgrano-Frachteisenbahn vorgelegt. Der Konzern würde $ 860 Mio. beitragen, der Staat etwas über $ 700 Mio., und $ 900 Mio. sollen aus einem direkten Kredit stammen, den der chinesische Staat an den argentinischen für Infrastrukturprojekte vergibt. Der staatliche Beitrag soll aus einem Weltbankkredit von u$s 250 Mio. kommen, der schon beantragt, aber noch nicht gewährt worden ist.

***

In den ersten 10 Monaten 05 nahm der Export von frischem Obst mengenmässig um 23% und wertmässig um 33% im Vergleich zum Vorjahr zu. Es waren 1,4 Mio. t für u$s 683,3 Mio., wie das Senasa-Amt meldet. 676.924 t für u$s 326,3 Mio. entfielen auf Äpfel und Birnen.

***

Die vom Senat am Donnerstag verlängerten Sonderbestimmungen bis zum 31.12.06 gelten für die Bereiche Gesundheitswesen, Arbeitsbeschaffung, Unterstützung arbeitsloser Familienoberhäupter und Ernährung. In 8 Paragraphen werden im Bereich Gesundheit ärztliche Pflichtdienste näher abgegrenzt und Behinderungen von Gesundheitsdiensten durch Schutzrekurse behoben. Das Unterstützungsprogramm für arbeitslose Familienoberhäupter wird weiter vom Arbeits- an das Sozialministerium übertragen. Auch verfügt das Gesetz, dass die Kommission der Parlamentskammern für die Notstandskontrolle nach Gesetz Nr. 25.561, Paragraph 20 und seinen Änderungen zum 30.6.06 einen Bericht über die Entwicklung der Zurückziehung des Staates aus der durch dieses Gesetz ausgerufenen Notstandslage vorzulegen hat. Der Notstand wäre am 31.12.05 abgelaufen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hohes Wirtschaftswachstum dauert an

Der vom statistischen Amt (INDEC) monatlich ausgearbeitete Index der wirtschaftlichen Tätigkeit, genannt EMAE („Estimador Mensual de la Actividad Económica“), der eine grobe Annäherung an das Bruttoinlandprodukt darstellt, ergab im Oktober eine interanuelle Zunahme von 9,3%, und von 0,7% gegenüber dem Vormonat. Somit liegen die ersten zehn Monate 2005 um 9,2% über der gleichen Vorjahresperiode; und da der Schwung, gemäss den für November und Dezember verfügbaren Einzeldaten (so nahm der Stromkonsum landesweit im November um 9,6% gegenüber dem Vorjahr zu), weiter andauert, kann man für das ganze Jahr mit einer BIP-Zunahme von 8,7% bis 9,2% rechnen. Das bedeutet, dass sich für 2006 ein sogenannter statistischer Überhang (Differenz zwischen dem Durchschnitt des Jahres 2005 und der Dezemberzahl) von 3,5% ergibt, was bedeutet, dass auch bei Nullwachstum im Laufe des Jahres 2006 diese Zunahme beim Vergleich des ganzen Jahres mit dem Vorjahr gesichert ist. Da es jedoch unwahrscheinlich ist, dass ein so starker Schwung plötzlich abgebrochen wird, wird auf alle Fälle für 2006 mit einer BIP-Zunahme von 6% gerechnet. Das Budget 2006 wurde auf der Grundlage einer Zunahme von 4% berechnet.

2005 wäre somit das dritte aufeinanderfolgende Jahr mit einem Wachstum von etwa 9%. Das BIP hat nun 35 Monate nacheinander zugenommen und liegt im Oktober über dem Rekord, der im 2. Quartal 1998 erreicht worden ist. Obwohl man nicht über die Zahlen des Bevölkerungswachstums der letzten Jahre verfügt, kann man annehmen, dass das BIP pro Kopf jetzt etwa so hoch wie Mitte 1998 ist. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass der neue Wirtschaftszensus, der sich in Gang befindet, voraussichtlich die Berechnung des BIP nach oben verschiebt. In Perioden stark struktureller Veränderungen und eines technologischen Sprunges (Informatik und Biotechnologie), pflegt die Berechnungsgrundlage des BIP zu veralten, vornehmlich bei Dienstleistungen, so dass es normal ist, dass das BIP bei entsprechender Korrektur höher ausfällt. Dieses Phänomen kam jetzt in China zum Ausdruck.

Den hohen Wachstumsraten der letzten Jahre ist ein Rückgang des BIP von 20% zwischen März 2001 und März 2002 vorangegangen. Es ist gewiss viel einfacher aufzuholen als echt zu wachsen. Ausserdem waren die begeleitenden Umstände ausserordentlich günstig: hohe Preise für die argentinischen Exportcommodities, weltweit niedrige Zinsen, eine stark wachsende Welt und eine technologische Revolution, die in den 90er Jahren stattgefunden hat und sich kontinuierlich auf die argentinische Wirtschaft auswirkt. Sowohl das neue genetisch veränderte Saatgut, wie die revolutionären Fortschritte auf dem Gebiet der Computer und des Internets wirken sich positiv auf die Wirtschaft aus. Erst jetzt kann man von echtem Wachstum sprechen, was viel schwierigere Anforderungen an die Wirtschaftspolitik stellt.

Bei der Aufgliederung des Oktoberwachstums fällt auf, dass die Bauwirtschaft eine interanuelle Zunahme von 23,2% und gegenüber September 2005 von 3,5% verzeichnet. Das ist zum Teil auf öffentliche Bauten, aber im Wesen auf eine hohe private Bautätigkeit zurückzuführen. Viele Leute investieren lieber in Wohnungen, für Eigengebrauch oder Vermietung, als dass sie das Geld in Banken deponieren, wo sie niedrgie Zinsen erhalten. Aber auch die Industrie verzeichnet ein hohes Wachstum, von 9,5% gegen Oktober 2004 und 0,7% gegenüber September 2005. Der Verbrauch öffentlicher Dienste lag im Oktober um 15,5% über dem Vorjahr, vornehmlich wegen des nicht nachlassenden Aufschwungs der Mobiltelefonie.

Die Investitionsrate (Bruttoinvestitionen in Maschinen, Anlagen und Bauten) liegt dieses Jahr bei 19%, was schon von Lavagna als zu niedrig angesehen wurde. Dabei muss man berücksichtigen, dass auch die Mobiltelefone als Investitonsgüter eingestuft werden, obwohl es sich um dauerhafte Konsumgüter handelt, dass hohe Investitionen in guten Wohnungen stattgefunden haben, die nicht zum Wirtschaftswachstum beitragen, und dass die relativen Preise zwischen Konsumgütern und Kapitalgütern sich zum Nachteil letzterer verändert haben. Im Vergeich zur Konvertibilität sind die Preise importierter Kapitalgüter um etwa 200% gestiegen, die Baukosten um etwas über 100%, während die Preise für Konsumgüter um 72% zugelegt haben. Zu Preisen der Konvertibilitätsperiode sinkt somit die Investitionsrate um einige Punkte. Im 3. Quartal wurde die Investitionsrate offiziell auf 21,7% berechnet. Sowohl die Wirtschaftler der Regierung, wie auch viele private, sind der Meinung, die Investitionsrate müsse auf 25% zunehmen, damit die Wirtschaft weiter wachsen kann, zu 5% bis 6% jährlich. Das erscheint jedoch kaum möglich, da die interne Sparkraft nicht ausreicht, umso mehr, als ein grosser Teil der Ersparnisse ins Ausland (oder in Dollarnoten am Platz) fliesst und Auslandsinvestitionen spärlich sind. Die Wirtschaftsführung wäre gut beraten, wenn sie mit einer niedrigeren Investitionsrate rechnet und dabei scharf auf Prioritäten achtet. Argentinien braucht hohe Investitionen auf dem Energiegebiet, kommt jedoch bei den meisten Industrien mit wenig zusätzlichen Investitionen aus. Aber gerade was Energie betrifft, ist die Investitionsmöglichkeit wegen fehlender Rahmenbedingungen und niedrigen Tarifen praktisch gesperrt.

Kleiner Fortschritt in Hongkong

Die Verhandlungen, die in der Vorwoche in Hongkong stattgefunden haben, um eine prinzipielle Einigung bei der sogenannten „Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation“ zu erreichen, die in Doha, Emirat Katar, Ende November 2001 eingeleitet worden war, drohten zu scheitern, da sich die einzelnen Positionen in den letzten Monaten verhärtet hatten und somit eine Kompromisslösung kaum möglich erschien. Die grossen Staaten erkannten jedoch, dass dies nicht positiv sein würde, da die Welt dann zu einem stärkeren Protektionismus neigen würde, der sich gesamthaft negativ auf die Weltwirtschaft auswirkt. Dabei würde es dann voraussichtlich zu einer zunehmenden Zahl von Freihandelsabkommen kommen, die den internationalen Handel völlig undurchsichtig gestalten und vielen Ländern, die dabei ausgeschlossen würden, vor allem kleinen, grossen Schaden zufügen würde. Ohnehin sind schon 315 Abkommen dieser Art bei der WHO gemeldet worden, gegen etwa 20 vor einem Jahrzehnt.

Der Minimalkompromiss, der schliesslich erreicht wurde, be-

steht in folgenden Punkten:

● Die Ausfuhrsubventionen für landwirtschaftliche Produkte werden schrittweise bis 2013 abgeschafft. Bei der Europäischen Union machten diese Hilfen rund E 3 Mrd. jährlich aus. Die USA verpflichten sich, nicht nur direkte Subventionen abzuschaffen, sondern auch die indirekten, bestehend aus grosszügigen Exportkrediten und die Nahrungsmittelbeihilfen, die alle im Endeffekt Subventionen gleichkommen. Voraussichtlich werden die Nahrungsmittelgeschenke nicht abgeschafft, sondern nur so reglementiert, dass der Schaden für andere Lieferanten auf ein Minimum verringert wird. In diesem Sinn sei daran erinnert, dass die USA 1961 Argentinien das Recht der Einsprache gegen unentgeltliche Weizenlieferungen zugestanden hatten, wobei sie dann efektiv unterlassen wurden, wenn dabei normale argentinische Exporte betroffen wurden. Das System versandete dann, weil sich nachfolgende argentinische Regierungen nicht um den Fall kümmerten. Was Exportsubventionen betrifft, hat die EU schon vor über einem Jahr deren suksessive Abschaffung verfügt und sie in einigen Fällen, wie bei Rindfleisch, schon verringert. Bei Zukker sieht die neue Marktordnung eine totale Abschaffung der Exportsubventionen (die etwa 200% des Weltmarktpreises ausmachen!) bei gleichzeitiger Verringerung der Produktion von 20 auf 12 Mio. Jato vor, bei Senkung des internen Preises um fast 40% und geordneter Schliessung von Zukkerfabriken. Die EU hat somit in Hongkong erreicht, dass die USA als Gegenleistung sich bereit erklärt, ihre verkappten Exportsubventionen abzuschaffen, was ein grosser Erfolg ist. Ohne diese Subventionen werden die Preise von Agrarprodukten auf dem Weltmarkt steigen, was für Argentinien von grossem Vorteil ist. Wichtig ist jetzt, dass die ersten Schritte bei dieser Entscheidung, deren jährlicher Umfang noch entschieden werden muss, relativ bedeutend sind.

● Der Gipfel vereinbarte das sogenannte Entwicklungspaket zu Gunsten der 49 ärmsten Länder („Least developed countries“, im Kürzel LDC), von denen einige der WHO nicht angehören. Ab 2008 (eventuell in einigen Fällen später) soll ihnen der zoll- und quotenfreie Zugang zu den Märkten der Industrieländer eingeräumt werden. In der EU gilt schon ein System dieser Art für bestimmte Staaten, die AKP-Staaten bezeichnet werden (Afrika, Karibik, Pazifik). Diese Staaten beklagen sich schon über die im Vorjahr beschlossene neue Agrarordnung der EU, die allgemein zu niedrigeren Inlandspreisen für Agrarprodukte führt, so dass die Präferenz, die der freie Zugang zum EU-Markt bedeutet, geringer wird. Für Länder wie Argentinien und Brasilien ist diese Entscheidung schädlich, da sie von diesem freien Zugang ausgeschlossen werden. Mit dieser Massnahme kaufen die grossen Staaten die Stimmen dieser 49 armen Länder, so dass sie wohl auch in anderen Dingen mit den Industriestaaten stimmen werden, womit die Gruppe der 20, der Brasilien, Indien, China, Südafrika, Argentinien u.a. Staaten angehören, überstimmt wird.

● Die Exportsubventionen für Baumwolle werden ab Anfang 2006 ganz abgeschafft. Das betrifft fast ausschliesslich die USA, hat jedoch geringe Bedeutung, da es sich um etwa u$s 250 Mio. jährlich handelt. Hingegen betragen die direkten Subventionen, die die Landwirte, die Baumwolle anbauen, erhalten, an die u$s 3,7 Mrd. pro Jahr, etwas gleich viel wie der Marktwert der Baumwollproduktion. Diese Subvention drückt auf die Preise und verursacht der Baumwollwirtschaft ausserhalb der USA grossen Schaden. Die WHO-Konferenz in Cancún war vor zwei Jahren gerade wegen diesem Punkt zusammengebrochen, als Vertreter armer afrikanischer Staaten, für die Baumwolle besonders wichtig ist, da sie etwa 20 Mio. besonders arme Menschen (Bauern und ihr Personal) schädigt, geharnischten Protest erhoben und der USA-Handelsdelegierte Robert Zöllick damals antwortete, sie sollten auf andere Kulturen übergehen, was mit recht als Hohn aufgefasst wurde. Brasilien hat bezüglich dieses Falles schon eine Klage bei der WHO eingebracht und auch gewonnen, so dass sich die USA jetzt im Zugzwang befinden. Der Baumwollanbau wird in den USA von grossen landwrtschaftlichen Unternehmen betrieben, die eine intensive Lobbytätigkeit durchführen und wohl auch Geld für die Politik bereitstellen, das ihnen schliesslich der Staat gibt. Voraussichtlich wird in den USA erst etwas geschehen, wenn Brasilien u.a. geschädigte Staaten zu Retorsionsmassnahmen (Zusatzölle für ausgewählte Produkte) übergehen. In der EU ist schon im Rahmen der neuen Agrarpolitik beschlossen worden, die Subventionen für Baumwolle (die sich auf Griechenland und Spanien konzentriert) abzubauen. Argentinien ist ein unbedeutender Baumwollproduzent, könnte jedoch die Produktion bei angemessenen Preisen ohne Schwierigkeiten verzehnfachen, da es in den Nordprovinzen viele Gegenden gibt, die sich für den Baumwollanbau bestens eignen. Argentinien erleidet somit durch die nordamerikanische Baumwollpolitik einen hohen potenziellen Schaden.

● Die Einfuhrzölle für Industrieprodukte sollen weltweit gesenkt werden. Die Schweiz hat vorgeschlagen, dass die Verringerung bei hohen Zöllen stärker als bei niedrigen sein soll, wogegen Brasilien u.a. Staaten protestiert haben, die ausserdem auf dem Standpunkt stehen, dass zunächst die Zölle für landwirtschaftliche Produkte gesenkt werden müssen, so dass die Zölle für alle Produkte angeglichen werden. Man kann gewiss nicht von Argentinien fordern, dass der Maximalzoll von 35% gesenkt wird, solange in der EU für Rindfleisch ein beweglicher Zoll besteht, der in der Praxis über 100% liegt. Die prinzipielle Entscheidung über die Zollsenkung, die in Hong-kong getroffen wurde, beinhaltet somit zunächst nicht viel. Was Agrarprodukte betrifft, hatten die USA vor einigen Monaten Zollsenkungen von 55% bis 90% angeboten, die EU von 35% bis 60%. Diese Vorschläge kamen jedoch bei der Gipfelkonferenz nicht zur Sprache.

● Die Dienstleistungen sollen stärker liberalisiert werden. Über die Detailfragen, die sich dabei stellen, wurde jedoch nichts gesagt. Für Argentinien ist dieser Problemkreis ziemlich irrelevant, da Dienstleistungen allgemein liberalisiert sind und die Restriktionen gering sind. Aber in Brasilien liegt der Fall anders.

Die Verhandlungen gehen nach Hong Kong weiter, mit der guten Absicht, im Laufe des Jahres 2006 zu einem Abkommen zu gelangen. Es verbleiben zwei Probleme, nämlich die internen Subventionen und der Marktzugang, was nicht nur Zölle sondern auch Quoten u.a. Importrestriktionen umfasst. Bei den internen Subventionen bedeutet die neue Landwirtschaftspolitik der EU schon einen grossen Fortschritt, da sukzessive produktionsbezogene Subventionen in soziale Beihilfen umgewandelt werden, die keine Wirkung auf die Produktion haben. In den USA ist das Problem gegenwärtig nicht so schlimm, da es sich bei den Subventionen um die Sicherung von Stützungspreisen handelt, wobei die Weltmarktpreise für Getreide und Ölsaat im allgemeinen relativ hoch sind, so dass die Subventionen nicht so stark ins Gewicht fallen, abgesehen vom Sonderfall Baumwolle, und auch bei Zucker u.a. weniger bedeutenden Produkten.

Das Hauptproblem ist somit der Marktzugang. Die Hoffnung, dass die USA und die EU ihre Märkte effektiv öffnen, sollte bei Seite gelassen werden. Aber man kann wohl einzelne Fortschritte erreichen, so z.B. die Abschaffung des Zollsatzes von über 100% auf Rindfleisch und die Einführung einer Importquote in Höhe der gegenwärtigen Importe, und dann jährlich etwas mehr, bei einem sehr geringen Zollsatz (wie bei der Hilton-Quote). Man muss bei diesen Verhandlungen realistisch sein und Dinge fordern, die die Gegenpartei ohne Schwierigkeiten geben kann. Man solle viel mehr in Einzelheiten eingehen, und dann über die einzelnen Punkte separat verhandeln, statt allgemeine Lösungen zu befürworten, die zu nichts führen.